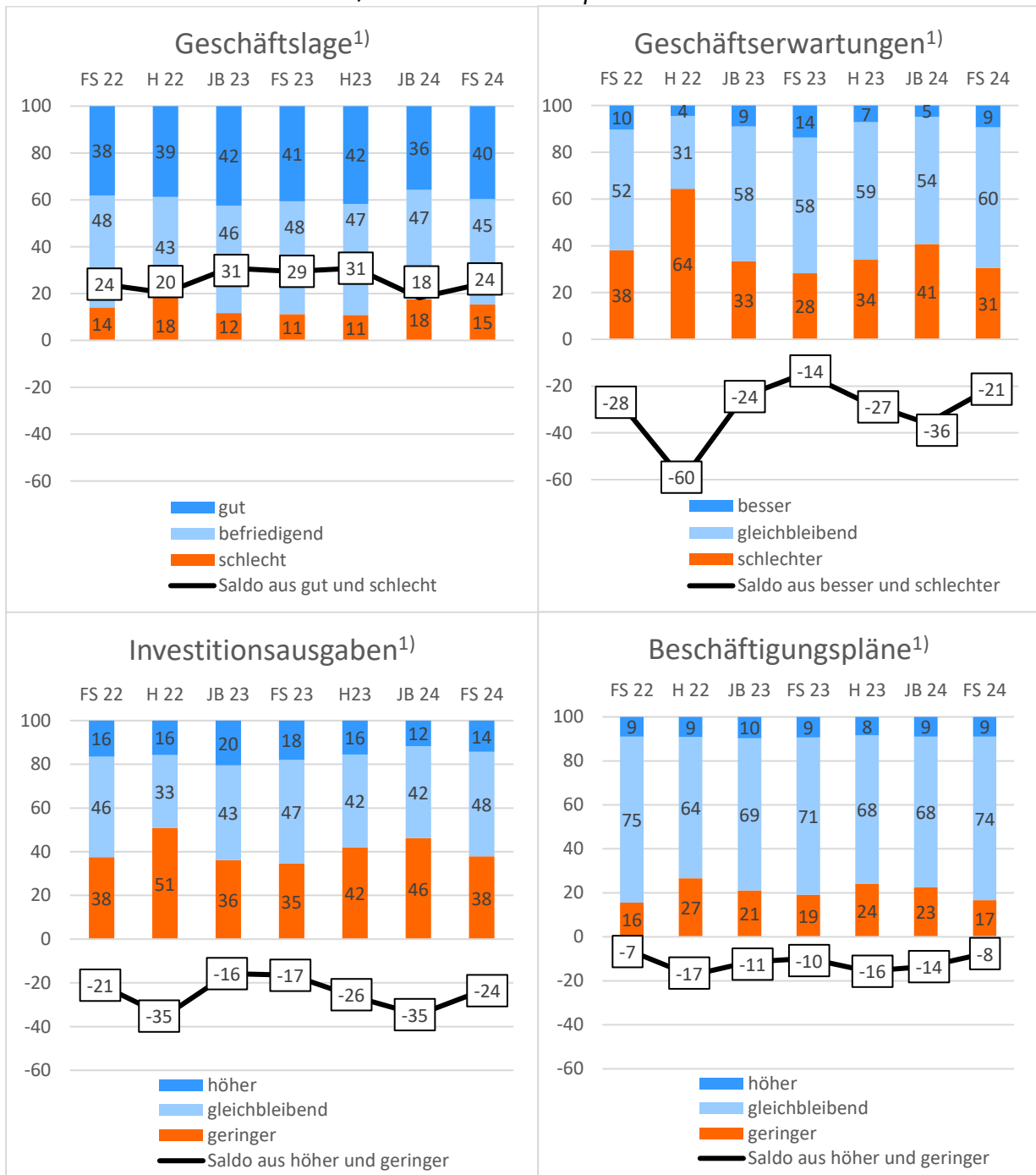


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Frühsommer 2024

Urteil der Unternehmen in %, Salden in Prozentpunkten



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Wirtschaft schöpft wieder Hoffnung

Für die aktuelle Konjunkturumfrage (FS 24) wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 25. März 2024 bis 26. April 2024 befragt.¹ Die **Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zur Umfrage vom Jahresbeginn 2024 (JB 24) verbessert**. Mehr Unternehmen sprechen wieder von einer guten, weniger von einer schlechten Wirtschaftslage, so dass der Lagesaldo (Differenz der prozentualen „Gut“ – und „Schlecht“-Meldungen) auf 24 Prozentpunkte angestiegen ist (JB 24: 18 Prozentpunkte). Dass die Unternehmen wieder optimistischer auf ihre Geschäftslage blicken, wird in der etwas günstigeren Auftragslage begründet sein. Weniger Unternehmen als noch zum Jahresbeginn beurteilen sie als „schlecht“. Die Gewinnsituation wird dagegen noch etwas problematischer gesehen als zum Jahresbeginn. Sie wird weiterhin beeinträchtigt durch hohe Energiepreise und Arbeitskosten. Die Finanzlage ist nahezu unverändert. Knapp ein Drittel der Unternehmen berichtet über Eigenkapitalrückgang und jeweils jedes fünfte von Liquiditätsengpässen und Forderungsausfällen.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 2024 deutlich verbessert. Mehr Unternehmen erwarten eine Verbesserung ihrer Geschäftslage (FS 24: 9 %, JB 24: 5%), aber vor allem erwarten erheblich weniger Unternehmen eine Verschlechterung (FS 24: 31 %, JB 24: 41%). **Der Erwartungssaldo hat sich daher von –36 Prozentpunkten auf –21 Prozentpunkte verbessert**. Insofern scheint der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung überschritten zu sein. Allerdings steht der Aufschwung unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Risikofaktoren. 70 % der Unternehmen sehen in den aktuellen Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko (Abb. 2). Die Arbeitskosten werden von 63 %, der Arbeitskräftemangel von 55 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko eingeschätzt. Interessant ist der Vergleich mit den drei größten Geschäftsrisiken vor 10 Jahren: 2014 sahen 44 % der Unternehmen in den Energie- und Rohstoffkosten, 40 % in den Arbeitskosten und 33 % im Arbeitskräftemangel ein Geschäftsrisiko. Die relative Bedeutung der Geschäftsrisiken heute entspricht der von 2014, aber das Niveau ist ein völlig anderes. Im Jahr 2024 Unternehmer zu sein, ist deutlich riskanter als vor 10 Jahren.

Die günstigere Beurteilung der Geschäftslage und die optimistischeren Erwartungen für die kommenden 12 Monate bewirken gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 2024 einen Anstieg des **Konjunkturklimaindexes von 87 auf 99 Indexpunkte** (Abb. 1). Er liegt damit weiterhin erheblich unter dem zehnjährigen Mittel von 113 Indexpunkten.

Die positiveren Erwartungen machen sich in der Investitionsbereitschaft bemerkbar. Zwar dehnen nur wenige Unternehmen ihre Investitionsbudgets aus, aber eine geringere Anzahl an Unternehmen als bei der Vorumfrage plant, die Investitionsausgaben einzuschränken (FS 24: 38 %, JB 24: 46 %). Unter den Investitionsmotiven steht der Umweltschutz zum ersten Mal an der Spitze. Bei 23 % der Unternehmen sollen die geplanten Investitionsausgaben auf verringerte Umweltbelastungen hinwirken. Vor fünf Jahren gaben nur 11 % der Unternehmen an, dass Umweltschutz ein Motiv für Investitionsausgaben sei. Angesichts immer höherer Umweltschutzaufgaben und gestiegener Energiepreise überrascht diese Entwicklung nicht. Besorgniserregend ist allerdings, dass Produktinnovation als Investitionsmotiv stark an Bedeutung verloren hat (FS 24: 16 %, Jahr 2019: 24 %) und auch Kapazitätsausweitung nur noch bei 19 % der Unternehmen Investitionsmotiv ist.

Angesichts hoher Arbeitskosten sind die Unternehmen trotz der verbesserten Erwartungen vorsichtig mit Neueinstellungen. Nur 9 % erwarten, dass ihre Beschäftigtenzahl in den kommenden 12 Monaten steigen wird. 17 % der Unternehmen gehen von einer rückläufigen Belegschaft aus. 45 % der Unternehmen gibt an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf haben. Gleichzeitig leiden viele Unternehmen unter dem Mangel an Arbeitskräften. 38 % der Unternehmen können offene Stellen nicht besetzen.

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 836 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 292. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Abb. 1

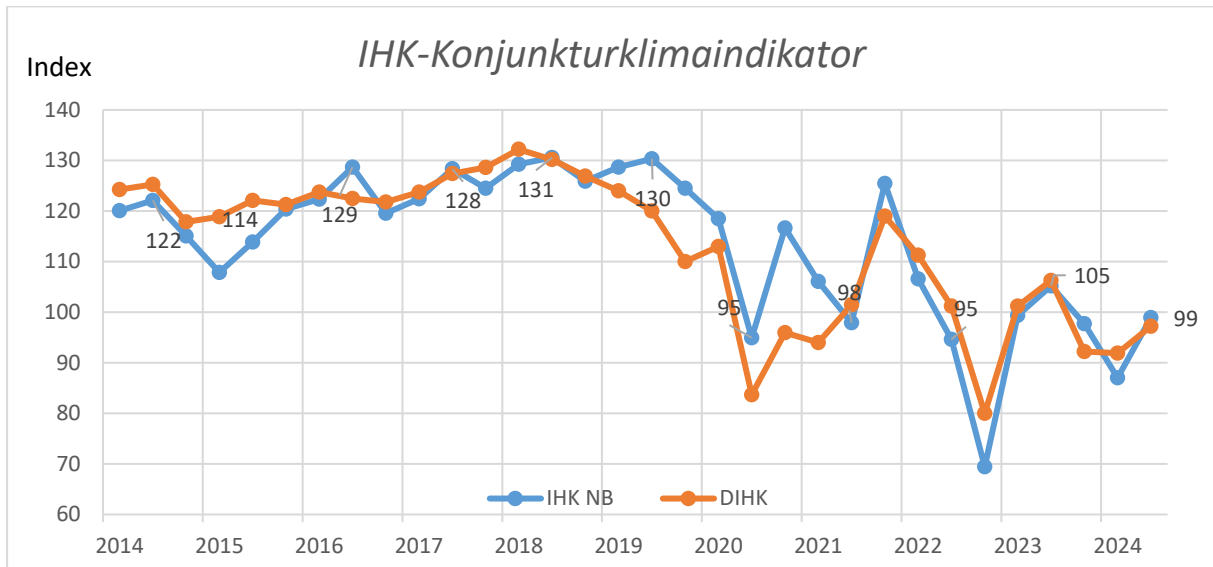
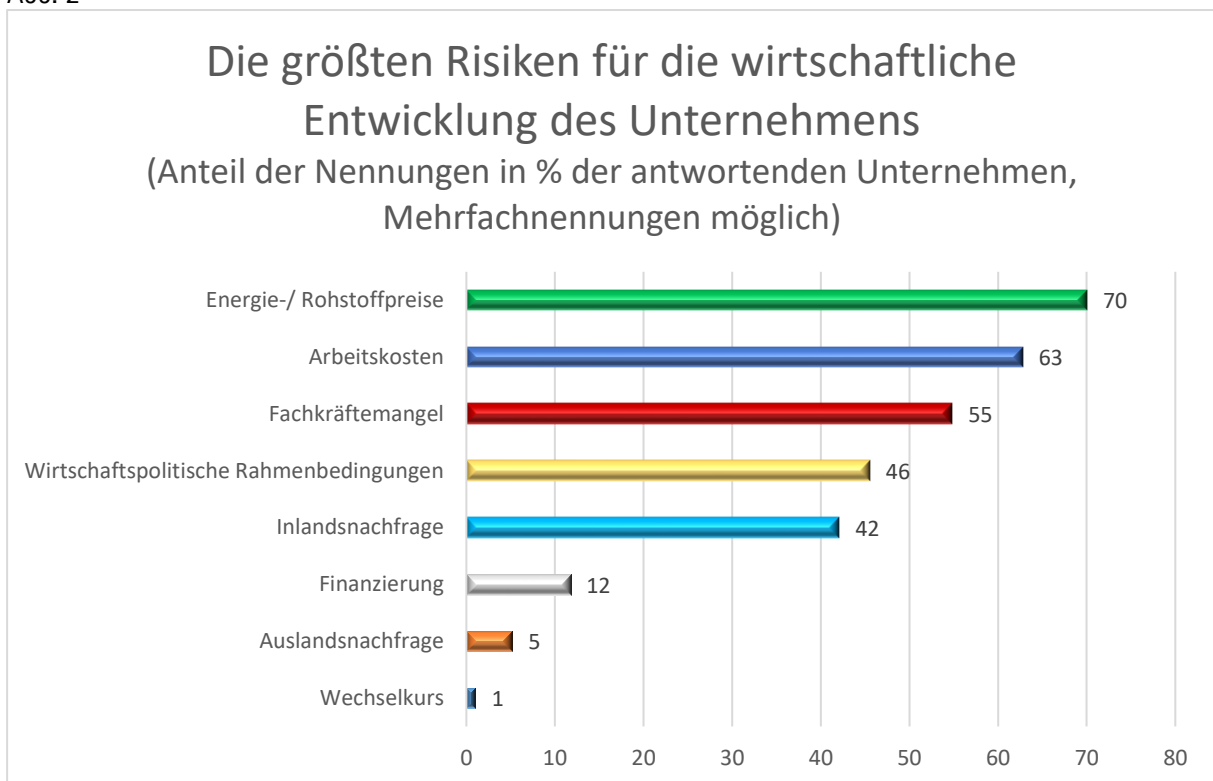


Abb. 2



Die Entwicklung in den Branchen

Die Geschäftslage in der Industrie hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2024 kaum verändert (Geschäftslagesaldo: FS 24: 22 Prozentpunkte, JB 24: 24 Prozentpunkte (Abb. 3)). Die Beurteilung der Gewinnlage fällt deutlich schlechter aus: Weniger Unternehmen sprechen von einer „guten“ und mehr Unternehmen von einer „schlechten“ Gewinnlage, so dass der Gewinnlagesaldo von 8 auf -5 Prozentpunkte gefallen ist. Die hohen Energiekosten sind sicherlich die Hauptursache dafür. Auch die Auftragslage wird schlechter eingeschätzt, weniger Unternehmen bezeichnen sie als „gut“ und mehr „als befriedigend“. Die Finanzlage der Industrieunternehmen hat sich aufgrund der ungünstigeren Gewinnsituation ebenfalls verschlechtert. Sie klagen häufiger über Eigenkapitalrückgang (30 %) und Liquiditätsengpässe (25 %).

Anders als in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt zeigen die Erwartungen für die kommenden 12 Monate in der Industrie noch keine Wendung zum Positiven. Zwar erwarten mehr Unternehmen als noch zum Jahresbeginn eine Verbesserung, aber es erwarten auch mehr Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage, so dass der Erwartungssaldo sich fast nicht verändert hat. Die Energie- und Rohstoffpreise stellen für 85 % der Unternehmen ein Geschäftsrisiko dar. Mit großem Abstand folgen die Arbeitskosten. Sie werden von 63 % der Industrieunternehmen als Geschäftsrisiko genannt.

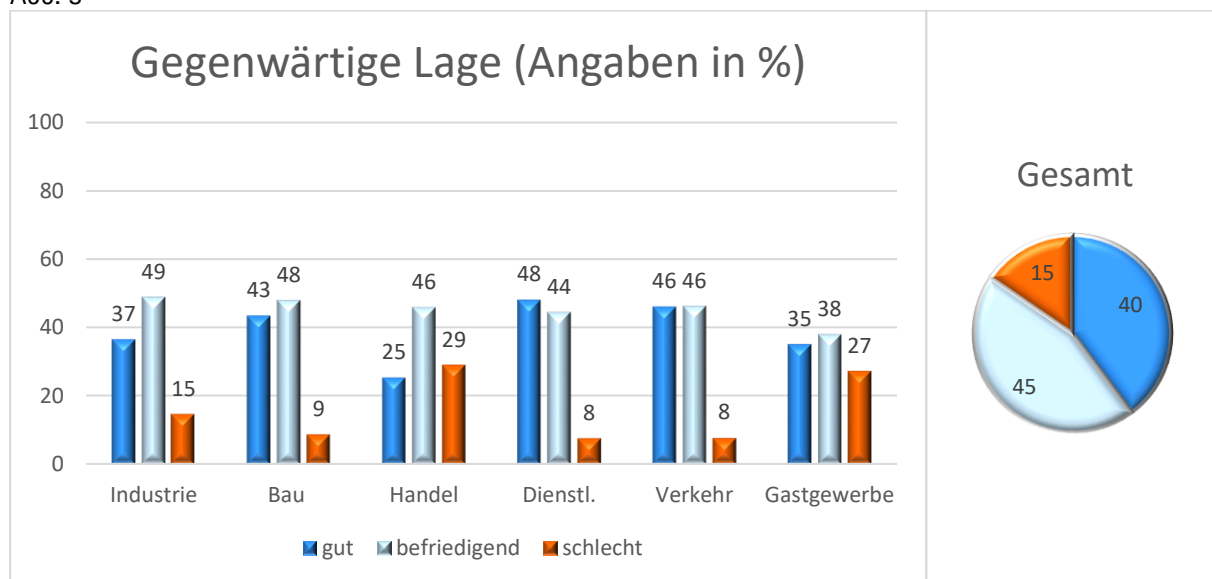
Die ungünstige Gewinnlage und die vorsichtigen Erwartungen führen zu einem weiterhin sehr verhaltenen Investitionsverhalten. Der Investitionssaldo verharrt bei -32 Prozentpunkten. Bei den Investitionshöhen zeigen sich ebenfalls keine wesentlichen Änderungen zur Vorumfrage. Ein Drittel der Unternehmen plant Rationalisierungsinvestitionen, um sich angesichts hoher Arbeitskosten langfristig kostenseitig zu entlasten. Trotz ihrer momentanen Investitionszurückhaltung ist die Industrie mit deutlichem Abstand der Innovationstreiber der gewerblichen Wirtschaft. 27 % der Unternehmen geben Produktinnovationen als Grund für ihre Investitionen an.

Die Beschäftigungsplanungen zeigen die große Verunsicherung in der Industrie. Nur 5 % der Unternehmen erwarten eine Ausweitung ihrer Beschäftigung, 24 % dagegen eine Verkleinerung ihrer Belegschaft.

Etwa ein Drittel der antwortenden Industrieunternehmen liefert ins Ausland. Unter diesen gehen mehr Unternehmen von sinkenden als von steigenden Exporten aus.

In der **Bauwirtschaft** ist der Anteil an Unternehmen, die von einer „befriedigenden“ Wirtschaftslage sprechen, gegenüber dem Jahresbeginn 2024 von 36 % auf 48 % gestiegen, die „Gut“ und die „Schlecht“-Meldungen sind beide zurückgegangen, so dass der Saldo sich nur unwesentlich verändert hat. Der Zusammenhang zwischen Geschäfts- und Auftragslage ist sehr eng. Die Unternehmen, die von einer „guten“ (befriedigenden, schlechten) Geschäftslage berichten, haben im Wesentlichen eine „gute“ (befriedigende, schlechte) Auftragslage vorzuweisen. Der Gewinnlagesaldo hat sich seit der Umfrage Frühsommer 2023 laufend verschlechtert und liegt nun bei -4 Prozentpunkten. Die geringere Baunachfrage bewirkt, dass Kostensteigerungen nur noch teilweise in den Baupreisen an die Kunden weitergereicht werden können. Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe werden jeweils von knapp einem Viertel der Unternehmen beklagt.

Abb. 3

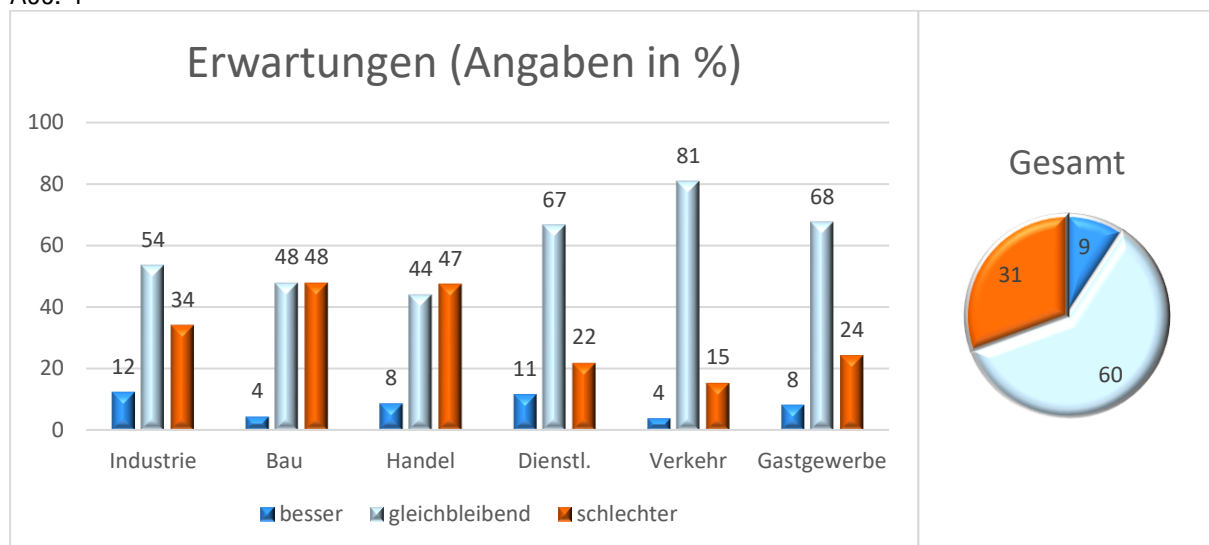


Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich ebenfalls auf niedrigem Niveau stabilisiert. Tendenziell erwarten die Unternehmen mit einer „guten“ Geschäfts- und Auftragslage gleichbleibende Geschäfte. Die Unternehmen, die von einer „befriedigenden“ Geschäfts- und Auftragslage sprechen, befürchten überwiegend eine weitere Verschlechterung. Die regionale Bauwirtschaft sieht die Hauptrisiken

für ihre Geschäfte in den Energie- und Rohstoffkosten (65%), den Arbeitskosten und dem Fachkräftemangel (jeweils 61 %) und in der Inlandsnachfrage (57 %). Während die Unternehmen mit einer „guten“ Geschäftslage vor allem den Fachkräftemangel als Risiko sehen, beklagen die Unternehmen mit einer nur „befriedigenden“ Geschäftslage vor allem die hohen Arbeitskosten. Dementsprechend unterschiedlich haben diese beiden Gruppen an Unternehmen auf die Frage geantwortet, ob offene Stellen besetzt werden können. Den Unternehmen mit einer „guten“ Geschäftslage gelingt es zu einem großen Teil nicht, ihre offenen Stellen zu besetzen, so dass sie ihre Pläne, die Belegschaft zu vergrößern oder zumindest konstant zu halten, nicht verwirklichen können. Unter den Unternehmen mit einer „befriedigenden“ Geschäftslage sucht die Mehrheit aktuell keine neuen Mitarbeiter.

Die Unternehmen mit einer „guten“ Geschäftslage planen i. d. R. mit gleichbleibenden Investitionsbudgets und führen vor allem Ersatzinvestitionen zwischen 10.000 und 100.000 € durch. Die Unternehmen mit einer „befriedigenden“ Geschäftslage kürzen zum größten Teil ihre Investitionsbudgets. Manche führen Ersatzinvestitionen durch, in vielen Fällen aber nicht einmal dies.

Abb. 4



Im Handel wird die Geschäftslage immer noch überwiegend negativ eingeschätzt, 25 % der Unternehmen sprechen von einer „guten“, 29 % dagegen von einer „schlechten“ Wirtschaftslage. Die Gewinnlage hat sich nochmal deutlich gegenüber der Vorumfrage verschlechtert. Inzwischen beträgt der Gewinnlagesaldo -31 Prozentpunkte und bildet damit unter allen hier betrachteten Branchen das Schlusslicht. Der Fachhandel hat es schwer, gegenüber Billigangeboten zu konkurrieren. Die Geschäfte bereinigen ihr Sortiment und listen nicht mehr wettbewerbsfähige Produkte konsequent aus. Gleichzeitig werden die Konsumenten durch aggressive Rabattpolitik zum Kauf animiert. Aufgrund der schwierigen Gewinnsituation sprechen in dieser Umfrage nur noch 28 % der Unternehmen von einer unproblematischen Finanzlage (JB 24: 34 %), weit weniger als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft (FS 24: 48 %). Fast jedes zweite Handelsunternehmen klagt über Eigenkapitalrückgang. Trotz der schwierigen Geschäftslage blicken die Unternehmen aber wieder etwas optimistischer nach vorn. Der Erwartungssaldo hat sich von -49 bei der Vorumfrage auf jetzt -39 Prozentpunkte verbessert.

62 % der Handelsunternehmen nennen die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko. Damit ist der Handel von allen hier betrachteten Branchen am stärksten von dem rezessionsbedingten Nachfragerückgang betroffen. Das schränkt den Preissetzungsspielraum der Unternehmen ein, so dass die Steigerungen bei Energie- und Lieferkosten, sowie Lohnkosten nur schwer zu stemmen sind. Gleichzeitig wird der Handel in diesem Jahr davon profitieren – und das begründet den positiveren Blick auf die Zukunft –, dass die reale Kaufkraft der privaten Haushalte aufgrund der fallenden Inflationsrate steigen wird.

Die etwas günstigeren Erwartungen machen sich positiv bemerkbar in der Investitionsbereitschaft. Mehr Unternehmen planen, ihre Investitionsausgaben zu erhöhen und weniger Unternehmen sie zu senken, so dass der Investitionssaldo auf -41 Prozentpunkte gestiegen ist (JB 24: -62 %). 18 % der Unternehmen

planen Investitionsausgaben von über 100.000 € (JB 24: 8 %). Diese Investitionsvorhaben haben zum großen Teil Rationalisierung oder Kapazitätserweiterung zum Ziel. Bei den Investitionen unter 100.000 € stehen Ersatzinvestitionen im Vordergrund.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage, und den immer noch überwiegend negativen Erwartungen geht kaum ein Unternehmen von einer steigenden Mitarbeiterzahl aus. Etwa drei Viertel erwarten, dass ihre Belegschaft konstant bleibt.

Abb. 5

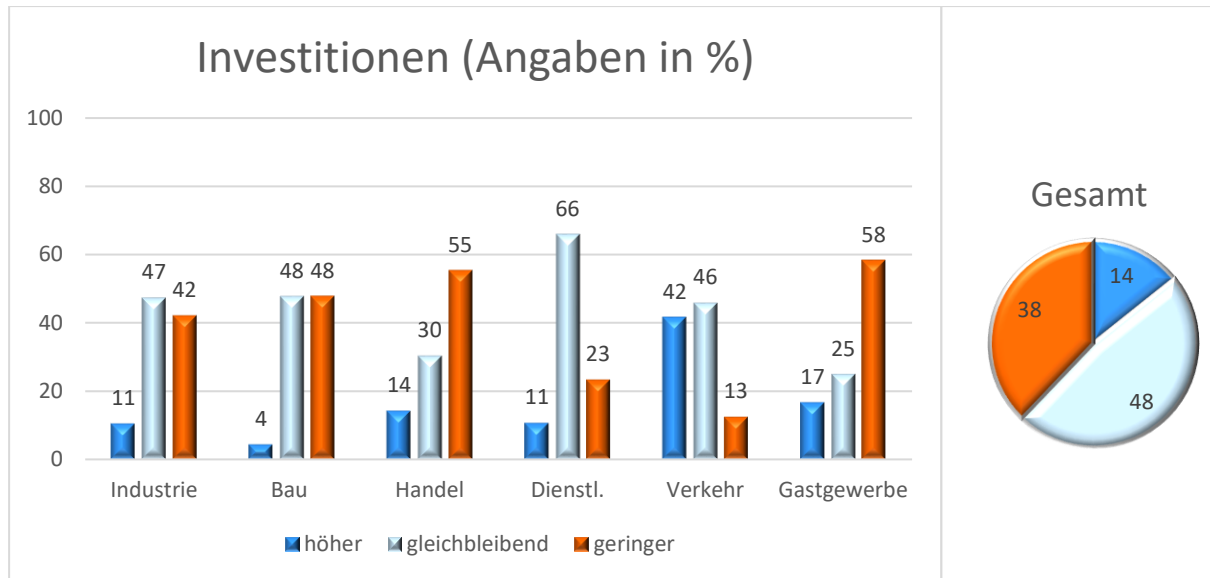
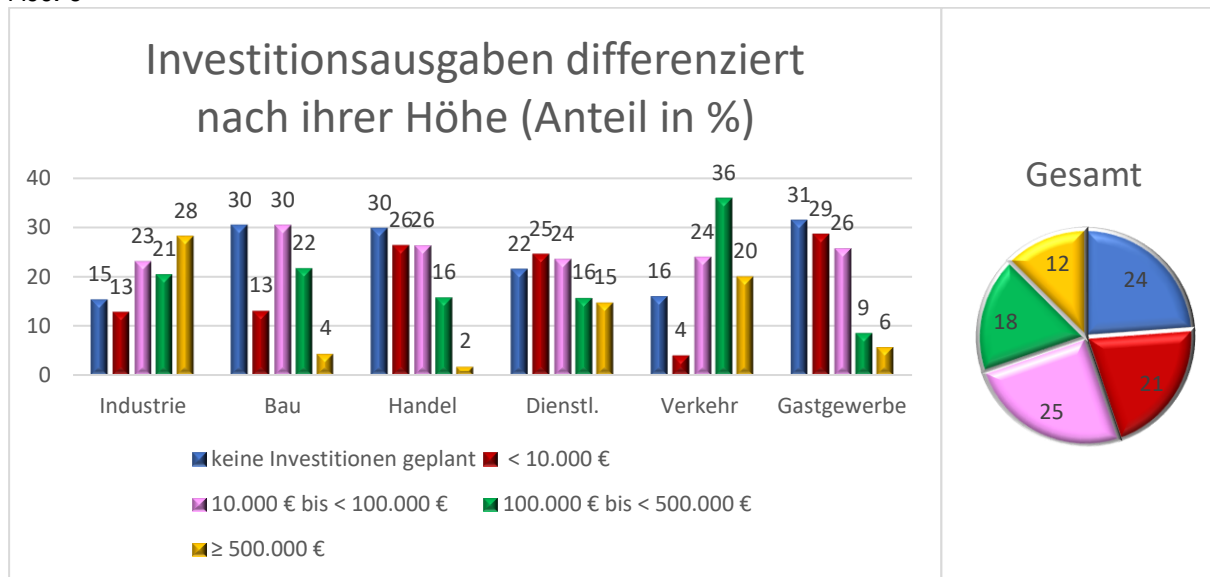


Abb. 6



Die Dienstleistungsunternehmen beurteilen ihre Geschäftslage (FS 24: Lagesaldo: 41 Prozentpunkte) besser als zum Jahresbeginn 2024 (Lagesaldo: 29 Prozentpunkte) und liegen damit weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Während die Gewinnlage sich im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft im Vergleich zum Jahresbeginn verschlechtert hat, wird sie von den Dienstleistungsunternehmen nun besser bewertet. 63 % der Unternehmen sehen ihre Finanzlage unproblematisch, etwa jedes vierte Unternehmen klagt über Eigenkapitalrückgang. Die Auftragslage hat sich kaum verändert: 90 % der Unternehmen bezeichnen ihre Auftragslage in etwa zu gleichen Teilen als „gut“ oder „befriedigend“. Die positive Beurteilung der Lage ist im Wesentlichen unabhängig davon, ob die befragten Unternehmen eher haushaltsnahe oder unternehmensnahe Dienstleistungen anbieten.

Auch die Erwartungen haben sich gegenüber der Vorumfrage verbessert. Der Erwartungssaldo ist von -27 Prozentpunkten zum Jahresbeginn 2024 auf nun -10 Prozentpunkte angestiegen. Auffällig ist, dass die Unternehmen, die privaten Haushalten ihre Dienste anbieten, positiver in die Zukunft blicken als die unternehmensnahen Dienstleister. Etwa jedes zweite Unternehmen der letzteren Gruppe sieht zum einen in der inländischen Nachfrage und zum anderen in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko. Angesichts des Fachkräftemangels sind die Unternehmen bestrebt, ihre Mitarbeiter auch in Zeiten geringerer Nachfrage zu halten, doch wird dadurch das Verhältnis von Umsatz zu Arbeitskosten ungünstiger. Dem Baugewerbe zuarbeitende Dienstleistungsbranchen, wie Vermieter von Baumaschinen und Architekten- und Ingenieurbüros sind dafür Beispiele.

Bei den haushaltsnahen Dienstleistungen stellt die inländische Nachfrage nur für jedes 4. Unternehmen ein Geschäftsrisiko dar. Die vergleichsweise gute Nachfragesituation wird ausschlaggebend für die optimistischeren Erwartungen sein. Dementsprechend wird der Fachkräftemangel als das größere Problem angesehen. Unter den haushaltsnahen Dienstleistern, die eine ungünstige Geschäftsentwicklung erwarten, sind die Energiekosten das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko.

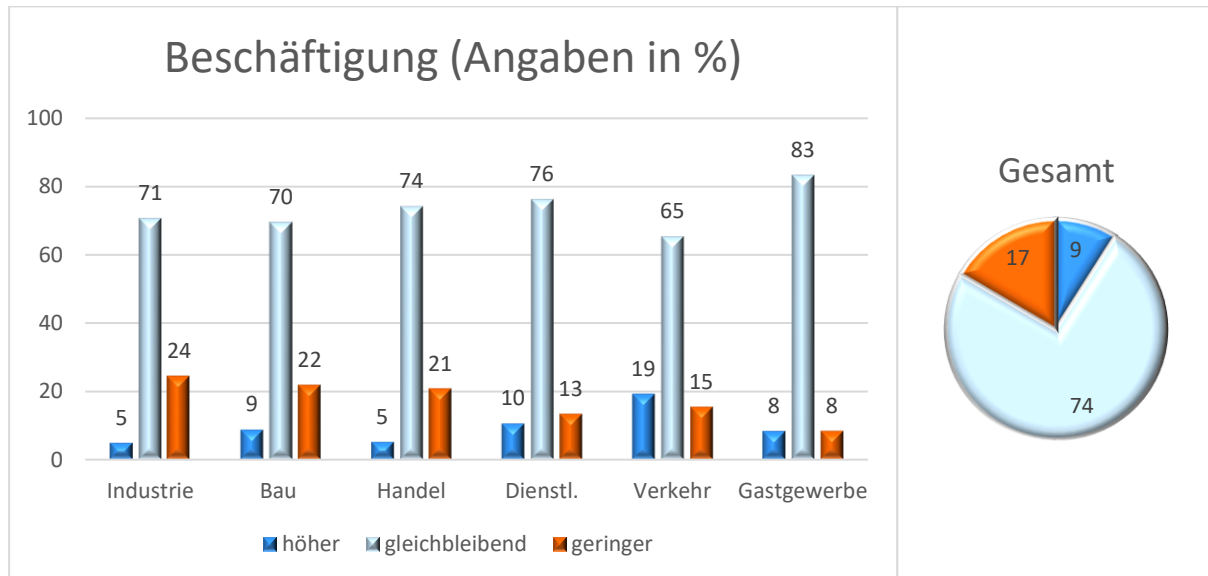
Die Investitionsbereitschaft ist aufgrund der günstigeren Erwartungen bei haushaltsnahen Dienstleistungen größer als bei unternehmensnahen Dienstleistungen. Der Investitionssaldo beträgt bei haushaltsnahen Dienstleistern - 5 Prozentpunkte, bei unternehmensnahen Dienstleistern beläuft er sich auf -24 Prozentpunkte. Dementsprechend fallen die geplanten Investitionssummen bei den haushaltsnahen Dienstleistern deutlich höher aus als bei unternehmensnahen.

Die Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe insgesamt wird sich kaum ändern. Gut drei Viertel der Unternehmen gehen davon aus, dass sich ihre Belegschaftsgröße konstant bleibt.

Im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage im Vergleich zum Jahresbeginn 2024 verbessert. Jeweils 46 % der Unternehmen bezeichnen ihre Lage als „gut“ und als „befriedigend“. Ähnlich sieht es bei der Auftragslage aus. 42 % beurteilen sie als „gut“ und 54 % als „befriedigend“. Die Gewinnlage in der Branche hat sich stabilisiert. Etwa zwei von drei Unternehmen sprechen von einer „befriedigenden“ Gewinnlage und unter den übrigen Stimmen überwiegen die negativen nur noch leicht. Offenbar konnten die Verkehrsbetriebe die Kostensteigerungen durch die Erhöhung der Maut und der gestiegenen CO₂-Bepreisung weitgehend an ihre Kunden weiterreichen. Dazu passt, dass knapp zwei Drittel der Unternehmen ihre Finanzlage als unproblematisch einschätzen. Die übrigen leiden unter Eigenkapitalrückgang (25 %) und an zweiter Stelle unter zunehmenden Forderungsausfällen (21 %).

Auch die Erwartungen der Unternehmen haben sich verbessert. Vier von fünf Unternehmen erwarten für die kommenden 12 Monate gleichbleibende Geschäfte. Die hohen Arbeitskosten werden von 77 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt. Wenn Aufträge von Stammkunden ausfallen und Ersatzaufträge über Frachtbörsen angenommen werden, haben diese meist schlechtere Konditionen. Dann fällt es schwer, die hohen Lohnkosten zu decken. Der Wettbewerb mit osteuropäischen Fuhrunternehmen, die aufgrund niedrigerer Löhne und schlechterer Arbeitsbedingungen geringere Arbeitskosten haben, übt ständig Druck auf die Frachtraten in Deutschland aus. Die Energiekosten stehen mit 73 % an zweiter Stelle unter den Geschäftsrisiken. Die positiveren Erwartungen regen die Investitionsbereitschaft an. 42 % der Unternehmen wollen ihre Investitionsausgaben steigern (JB 24: 23 %). 56 % planen Investitionen über 100.000 € (JB 24: 42 %). Neben Ersatzinvestitionen, die fast alle Verkehrsbetriebe durchführen, werden Investitionen in den Umweltschutz getätigt. Angesichts der absehbaren Verteuerung des CO₂-Ausstoßes sind Investitionen, die den CO₂-Ausstoß verringern, unerlässlich.

Abb. 7



Die verbesserte Lage und die positiveren Erwartungen erhöhen die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Das Verkehrsgewerbe weist als einzige unter den hier betrachteten Branchen einen positiven Beschäftigungssaldo auf. Der Wettbewerb um knappe Fachkräfte ist in der Branche hart. Die Unternehmen vergeben Abwerbprämien und werben sich gegenseitig über bessere Lohnangebote Mitarbeiter ab. Gut ein Drittel der Unternehmen gibt an, dass offene Stellen besetzt werden können, aber ebenfalls etwa einem Drittel der Unternehmen gelingt es in diesem Wettbewerb nicht, offene Stellen zu besetzen.

Die wirtschaftliche Lage des Gastgewerbes hat sich gegenüber der Vorjahresumfrage verschlechtert. Weniger Unternehmen als noch im Vorjahr bewerten die Geschäftslage als „gut“ und mehr als „schlecht“, so dass der Saldo auf 8 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Ihre Gewinnsituation beurteilen die Unternehmen überwiegend negativ. Sie wird stark belastet durch die wieder angehobene Mehrwertsteuer auf Speisen sowie durch die hohen Energie- und Arbeitskosten. Da sich das Konsumklima in Deutschland nur langsam verbessert, können die erhöhten Kosten bzw. die höhere Mehrwertsteuer nur teilweise an die Kunden weitergereicht werden. Deshalb halten nur 15 % der Unternehmen ihre Finanzlage für unproblematisch. 44 % der Unternehmen leiden unter Eigenkapitalrückgang und 41 % unter Liquiditätsengpässen. Den Vorbuchungsstand bezeichnet etwa die Hälfte der Unternehmen als „befriedigend“, die andere Hälfte schätzt ihn zu gleichen Teilen als „gut“ und als „schlecht“ ein.

Die Erwartungen sind im Gastgewerbe überwiegend pessimistisch. Der Erwartungssaldo liegt mit -16 Prozentpunkten genau auf dem Wert der Vorjahresumfrage. In den hohen Energiepreisen sehen gut drei Viertel der Unternehmen ein Geschäftsrisiko. Die Arbeitskosten werden von 78 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt. In keiner der anderen Branchen wurden die Arbeitskosten so häufig als Geschäftsrisiko genannt

Die negativen Erwartungen und die ungünstige Gewinnentwicklung bremsen die Investitionsbereitschaft im Gastgewerbe. 60 % der Unternehmen tätigen Investitionen unter 10.000 €. Investitionen über 100.000 € werden kaum angegangen. Selbst Investitionen in Modernisierung und Ersatzbedarf werden nur von 59 % der Unternehmen ins Auge gefasst (Gewerbliche Wirtschaft im Durchschnitt: 80 %). Investitionen in Umweltschutz werden von 53 % der Unternehmen eingeplant, vor allem um dadurch die Energiekosten zu reduzieren.

Im Gastgewerbe halten sich die Unternehmen, die von einer wachsenden und diejenigen, die von einer schrumpfenden Belegschaft ausgehen die Waage. 42 % der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen und 47 % der Unternehmen haben aktuell keinen Personalbedarf.

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage wird bei der aktuellen Umfrage besser beurteilt und die Geschäftserwartungen fallen günstiger aus als bei der Vorumfrage zum Jahresbeginn 2024. Dienstleistungs- und Verkehrsgewerbe läuten mit einer verbesserten Geschäftslage die Erholung ein. Dazu kommt, dass Handel und Gastgewerbe von den gestiegenen Reallöhnen zu profitieren hoffen und daher ihre Geschäftserwartungen hochgesetzt haben. Im Bau und der Industrie zeigen sich noch keine Aufschwungsignale, aber eine Bodenbildung scheint erreicht. Vor allem die hohen Energiepreise stehen einem Aufschwung in der Industrie entgegen. Betrachtet man die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, sind es die zahlreichen und von sehr vielen Unternehmen wahrgenommenen Geschäftsrisiken, die die Erholung ausbremsen könnten.

Die regionale Wirtschaft fordert deshalb vor allem

- sichere und bezahlbare Energieversorgung
- keine weiteren Kostenbelastungen der Unternehmen
- Reibungslose staatliche Prozesse bei der Fachkräfteeinwanderung
- Planungssicherheit für Unternehmensentscheidungen
- Bürokratieabbau auf allen Ebenen
- eine beschleunigte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen

IHK Neubrandenburg

für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Katharinenstraße 48

17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke

Wirtschaft/Arbeit

Tel. 0395 5597-203

Fax 0395 5597-513

E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de

www.neubrandenburg.ihk.de